

+43 1 531 20-0
Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.172.277

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 18014/J-NR/2024 betreffend Radikalislam und Klimahysteriker als Dauerbedrohung für steirische Bildungseinrichtungen, die die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Hannes Amesbauer, BA, Kolleginnen und Kollegen am 28. Februar 2024 an mich richteten, darf ich anhand der mir vorliegenden Informationen wie folgt beantworten:

Eingangs ist festzuhalten, dass weder linksextreme noch rechtsextreme Positionen oder Ideologien, die die Regeln und Normen des demokratischen Verfassungsstaates ablehnen, mit der Rechtsstaatlichkeit sowie den bürgerlichen und politischen Freiheitsrechten vereinbar sind, die durch die Bundesverfassung garantiert werden.

Deshalb muss jeglicher Art von extremistischen Tendenzen entschieden entgegengetreten werden, unter anderem auch durch entsprechende Präventionsarbeit.

Ziel der Initiative „Extremismusprävention macht Schule“ ist es, Schülerinnen und Schüler in ganz Österreich für das Thema Extremismus zu sensibilisieren und ihre Resilienz gegenüber Radikalisierung zu stärken.

Im Zeitraum von April 2022 bis Dezember 2023 wurden insgesamt rund 67.750 Schülerinnen und Schüler mit 3.048 Workshops erreicht. Für das Jahr 2024 wurde das Angebot bereits ausgeweitet. Es stehen im Rahmen der Initiative bis zum Ende des Unterrichtsjahres 2.200 Workshops bereit und können von den Schulen abgerufen werden.

Für die Initiative „Extremismusprävention macht Schule“ ist ein Budget für den Zeitraum April 2022 bis Anfang Juli 2024 von € 2,9 Mio. vorgesehen. Eine Fortführung des

Workshopangebotes zur Extremismusprävention ab dem Schuljahr 2024/25 bis 2026 ist bereits in Planung.

In den nächsten drei Jahren (2024 – 2026) sollen weitere 3.000 Workshops pro Jahr angeboten werden, wodurch etwa 160.000 Schülerinnen und Schüler über die gesamte Laufzeit österreichweit erreicht werden sollen.

Zu den Fragen 1 und 3:

- *Inwiefern spiegelt sich Extremismusprävention im Lehrplan in den unterschiedlichen Schulformen und Schulstufen wider?*
- *Inwiefern findet Unterricht in den Schulen zur Sensibilisierung in Hinblick auf die Gefahren ausgehend vom Radikalislam statt?*

Lehrkräfte sind in der Auswahl der Unterrichtsmethoden, der Intensität sowie in der pädagogisch-didaktischen Umsetzung des verpflichtenden Lehrstoffes frei, doch haben sich die Bildungsmaßnahmen stets auf die Bedürfnisse der jeweiligen Schulklassen bzw. die daraus abgeleiteten Erfordernisse zu beziehen.

Die aktuellen Lehrpläne der Mittelschule und AHS-Unterstufe enthalten im Gegenstand „Geschichte und Politische Bildung“ in der 4. Klasse als verpflichtenden Lehrstoffinhalt folgenden Anwendungsbereich: „Gesellschaftlicher Wandel im 20. und 21. Jahrhundert in Österreich (unterschiedliche Jugendkulturen; soziale Bewegungen, u.a.

Frauenbewegungen, Friedensbewegungen, Umweltbewegungen, antirassistische Bewegungen, und deren öffentlichkeitswirksame Strategien als Beispiele von politischer Partizipation; Formen von Extremismus und Populismus; Erscheinungsformen und Funktionen von Antisemitismus in der Gegenwart; Auswirkungen der Globalisierung auf verschiedene soziale Klassen und Schichten – u.a. prekäre Arbeitsverhältnisse, „working poor“).

Dabei ist allerdings zwischen einer Auseinandersetzung auf dem Niveau der Allgemeinbildung mit den verschiedenen Thematiken und Herausforderungen von Extremismen und der konkreten Präventionsarbeit zu unterscheiden. Für Präventionsarbeit werden Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Expertenworkshops zur Extremismusprävention sowie speziell geschultes Präventionspersonal der Sicherheitsbehörden eingesetzt.

Zu den Fragen 2, 4 und 6:

- *Wann erfolgte zuletzt eine Evaluierung des Lehrplans im Hinblick auf Extremismusprävention?*
 - a. *Welche Schlüsse konnten aus der Evaluierung gezogen werden und welche Maßnahmen wurden in weiterer Folge gesetzt?*
 - b. *Falls länger keine Evaluierung stattfand, ist eine solche geplant?*

i. Wenn ja, für wann ist eine entsprechende Evaluierung geplant und von wem wird diese durchgeführt?

ii. Wenn nein, warum sehen Sie hierfür keine Notwendigkeit?

- *Gibt es Planungen über den Ausbau entsprechender Unterrichtsinhalte?*
 - a. Wenn ja, was ist aktuell geplant und wann gelangt dieser Plan zur Umsetzung?*
 - b. Wenn nein, warum sehen Sie hierfür keine Notwendigkeit?*
- *Gibt es Planungen über den Ausbau entsprechender Unterrichtsinhalte?*
 - a. Wenn ja, was ist aktuell geplant und wann gelangt dieser Plan zur Umsetzung?*
 - b. Wenn nein, warum sehen Sie hierfür keine Notwendigkeit?*

Die aktuellen Lehrpläne für Volksschulen, Mittelschulen und AHS-Unterstufe wurden mit dem Schuljahr 2023/24 in der 1. bzw. 5. Schulstufe aufsteigend in Kraft gesetzt und können daher noch nicht sinnvoll bzw. aussagekräftig evaluiert werden. Ein Ausbau von Unterrichtsinhalten zu einzelnen Themen ist aus diesem Grund derzeit nicht angedacht, wobei festzuhalten ist, dass die schulautonomen Möglichkeiten und die pädagogische Freiheit bei der Ausgestaltung des Lehrplans unterschiedliche Ausweitungen in der Unterrichtspraxis durchaus zulassen.

Zu Frage 5:

- *Inwiefern findet Unterricht in den Schulen zur Sensibilisierung in Hinblick auf die Gefahren ausgehend von radikalen Klimafanatikern statt?*

In den Gegenständen mit Politischer Bildung ist eine didaktische Auseinandersetzung mit Umweltthemen und Umweltbewegungen verpflichtend vorgesehen. Dabei ist unter Beachtung des Überwältigungsverbot und des Kontroversitätsgebotes auch zu erörtern, inwiefern es sich bei manchen Protestaktionen um demokratisch legitimierte oder radikalisierte Protestformen handelt.

Zu Frage 7:

- *Wann wurden die Angebote im Rahmen der Initiative „Extremismusprävention macht Schule“ zuletzt evaluiert und aktualisiert?*
 - a. Welche Angebote kamen hinzu, welche fielen weg und mit welcher Begründung passierte das?*
 - b. Falls es seit April 2022 keine Evaluierung oder Überarbeitung gab, warum nicht?*
 - c. Ist eine Evaluierung oder Überarbeitung der Initiative geplant?*

Für „Extremismusprävention macht Schule“ wurde die Auswahl durch eine Jury aus Expertinnen und Experten vorgenommen. Vertreterinnen und Vertreter der Beratungsstelle Extremismus (BoJA) sowie des Instituts für angewandte Rechts- und Sozialkriminologie haben Kriterien sowie ein Punktesystem erstellt. Die im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung eingereichten Workshops wurden sodann hinsichtlich der inhaltlichen sowie pädagogischen Konzeption der Workshops beurteilt. Die Organisationen bzw. die für sie tätigen Trainerinnen und Trainer wurden ebenfalls nach

festgelegten Kriterien bewertet. Wenn sowohl die Workshops als auch die Organisationen und eingereichten Trainerinnen und Trainer als qualifiziert eingestuft wurden, sind die eingereichten Workshopangebote in die Initiative aufgenommen worden. Durch Feedbackbögen für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonenfeedback wird eine laufende Evaluation der Qualität sichergestellt.

Der nächste Zyklus an Workshops zur Extremismusprävention wird von Schuljahr 2024/25 bis 2026 angeboten. Auch die Qualitätssicherung für die neue Periode erfolgt durch eine externe Jury aus Fachexpertinnen und Fachexperten.

Zu Frage 8:

- *Aktuell sind die meisten Angebote zum Bereich Radikalisierung ausgebucht, gibt es aufgrund der hohen Nachfrage eine Aufstockung des Kontingents in diesem Bereich?*
 - a. Wenn ja, wann erfolgt die Aufstockung?*
 - b. Wenn nein, warum ist insbesondere im Hinblick auf die aktuellen Vorkommnisse keine Aufstockung geplant?*

Aufgrund der hohen Nachfrage wurde das Angebot umgehend aufgestockt. So wurden für das erste Halbjahr 2024 weitere 1.590 Workshops bereitgestellt, von denen bereits 693 Workshops gebucht sind.

Zu den Fragen 9 und 10:

- *Gibt es aktuell gezielte Fortbildungen für Lehrpersonal in Bezug auf die zunehmenden Probleme an Schulen ausgehend vom Radikalismus?*
 - a. Wenn ja, welche Fortbildungen gibt es?*
 - b. Wenn nein, warum gibt es insbesondere im Hinblick auf die aktuellen Vorkommnisse keine gezielten Fortbildungen?*
- *Welche weiteren Unterstützungsmaßnahmen gibt es für Lehrpersonal im Hinblick auf radikale Tendenzen ausgehend von Schülern?*
 - a. Falls es keine Unterstützungsmaßnahmen gibt, sind solche geplant?*
 - b. Falls es diesbezüglich keine Planungen gibt, warum sehen sie hierfür keine Notwendigkeit?*

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung bieten die Pädagogischen Hochschulen zahlreiche Qualifizierungsmaßnahmen an, die Lehrkräfte dabei unterstützen, radikalisierenden Vorfällen im schulischen Kontext entgegenzutreten und sich mit Extremismus und Demokratiefeindlichkeit auseinanderzusetzen.

Österreichweit sind zu diesen Themen 482 Fortbildungsveranstaltungen mit 10.614 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Studienjahr 2023/24 bereits durchgeführt worden bzw. geplant.

Wien, 26. April 2024

Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek

